Beilage — Mittwoch, den 12. Januar 1927

Arbeiterstimme

Nr. 9 — 3. Jahrgang — Tageszeitung der KPD

Am Strick der Schwarz-Weiß-Roten

Der Bürgerblock platzt — Die Deutschnationalen „verzichten" nach zweieinhalbstündigem Kuhhandel zugunsten Heldts — Die Aufwertungspartei verrät ihre Wähler den sächsischen Industriellen — Heldt gewählt! — Empörung auf der Tribüne — Schwarz wirft auf bürgerlichen Befehl die Zuhörer hinaus — Die Kommunisten fordern Auflösung des sächsischen Parlamenttheaters

Landtagssitzung vom 11. Januar 1927

Präsident Schwarz eröffnet die Sitzung und erteilt vor Eintritt in die Behandlung des ersten Punktes, Wahl des Ministerpräsidenten, dem Deutschnationalen Hofmann das Wort zu einer Erklärung. In dieser erklären die Deutschnationalen, daß der Versuch, eine Regierung ohne die Deutschnationalen zu bilden, eine Verletzung des Prinzips der „Demokratie" sei. (Stürmische Zurufe bei den Kommunisten. Böttcher ruft: „Ihr könnt doch zufrieden sein, ihr habt ja Heldt in der Tasche!")

Diese Erklärung ist das sichtbare Zeichen dafür, daß eine Einigung wider Erwarten nicht zustandegekommen ist. Man tritt in die Abstimmung ein. Mit großer Spannung erwartet die dichtbesetzte Tribüne das Resultat.

Genosse Lieberasch zählt aus. Es sind nur 90 gültige Stimmzettel abgegeben. Schon beim Verlesen der Stimmzettel zeigt sich, daß die Deutschnationalen ihrerseits den Amtshauptmann Krug von Nidda gewählt haben. 4 Abgeordnete haben weiße Stimmzettel abgegeben. Die Nationalsozialisten hatten den Saal verlassen. Auf Fleißner entfielen 45 Stimmen, während Heldt 31 und Krug von Nidda 14 erhielt. Da die notwendige Mehrheitszahl 46 beträgt, ist auch dieser Wahlgang ergebnislos verlaufen. (Starke Unruhe im ganzen Hause und auf der Tribüne.) Als Präsident Schwarz vorschlägt, die nächste Sitzung am Dienstag, den 18. Januar abzuhalten und dann die Wahl des Ministerpräsidenten vorzunehmen, bricht die Linke in Gelächter aus.

Bankrotterklärung des Bürgerblocks.

Darauf erhebt sich Abg. Blüher, weiß vor Wut, und gibt heulend eine Erklärung ab: Die Bemühungen um eine positive Gestaltung der Wahl — (Zuruf des Genossen Renner: „Aha! Jetzt kommt die Bankrotterklärung des Bürgerblocks!") sind wieder vergeblich gewesen. Auch in 8 Tagen wird keine bessere Möglichkeit sein, die Lage zu klären. Wir schlagen vor, die Arbeit in Angriff zu nehmen und den Vorstand zu beauftragen, erst dann die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung zu setzen, wenn Aussicht auf positive Lösung besteht. (Stürmische Zurufe bei den Kommunisten.)

Genosse Böttcher:

Die Ausführungen des Abg. Blüher können wohl als die Bankrotterklärung des Bürgerblocks bezeichnet werden. Die widerstrebenden Interessen des sächsischen Bürgertums finden hierbei ihren Ausdruck. Die Wirtschaftspartei hat in dieser Regierungsbildung das Schandmal des Mietwuchers aufgedrückt. (Stürmisches: Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Jetzt will man Zeit gewinnen, um das Ergebnis des Regierungsschachers im Reich abzuwarten. In der SPD machen sich ebenfalls Bestrebungen zur Herbeiführung der Großen Koalition bemerkbar. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Der Artikel Dr. Gradnauers im Vorwärts gegen Lipinski liefert genügend Beweismaterial dafür. (Lebhaftes „Sehr richtig!" bei den Kommunisten.) Ganz deutlich zeigt sich, wie richtig die Kommunisten die Lage einschätzten, als sie

die Auflösung dieses Landtages

forderten. Während die Sozialdemokraten zuerst den Auflösungsantrag als „Unsinn" bezeichneten, muß jetzt selbst Lipinski die Auflösung als einzige Möglichkeit zur Klärung dieses parlamentarischen Chaos in Erwägung ziehen. Wir beantragen, schon am Donnerstag die Wahl des Ministerpräsidenten und unseren Antrag auf Auflösung des Landtages zu behandeln. Wir Kommunisten werden den Kampf führen bis zum Sturz jeder bürgerlichen Regierung, jeder Koalitionsregierung

für die Schaffung eines roten Arbeitersachsens!

(Stürmischer Beifall bei den Kommunisten.)

Der Bürgerblock platzt!

Präsident Schwarz teilt mit, daß ein gemeinsamer Antrag der Aufwertungs- und Nationalsozialistischen Partei eingereicht sei, der Neueinberufung der Sitzung in 2 Stunden und abermalige Vornahme der Wahl des Ministerpräsidenten verlange.

Genosse Böttcher erklärt hierauf sofort die Zustimmung unserer Fraktion, Liebmann (Soz.) schließt sich an.

Bleich über diese erneute Niederlage erklärt Blüher, daß der Antrag „geschäftsordnungsgemäß unzulässig" sei.

Präsident Schwarz widerlegt diese Ansicht. Unter großer Spannung wird die Abstimmung vorgenommen.

Gegen den Antrag stimmen Deutschnationale, Volksparteiler, Demokraten und die ASPS; für ihn erklären sich: Kommunisten, Sozialdemokraten, Aufwertler und die beiden Nationalsozialisten.

Der Antrag ist damit angenommen.

Beim Blüher-Block herrscht völliges Durcheinander.

Präsident Schwarz erklärt die Sitzung für geschlossen und teilt mit, daß die nächste Sitzung auf 4 Uhr nachmittags anberaumt ist.

Lebhaft debattierend verlassen die Abgeordneten den Saal und die Zuhörer räumen bis zum Wiederbeginn der Sitzung die Tribüne.

Die zweite Sitzung

Kommunistischer Protest gegen Polizei-Mobilisierung!

Während der Tagung des Landtages hatten die Erwerbslosen, die in der Reichskrone eine Versammlung abhielten, eine Delegation nach dem Landtage geschickt, um den Parteien ihre Forderungen zu unterbreiten. Zum Schutze des „Hohen Hauses" hatte Kühn seine Garde mobilisiert, die die Umgebung des Ständehauses besetzte. Der Delegation wurde die Zulassung auf die Tribüne verweigert.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der 2. Sitzung, die mit halbstündiger Verspätung beginnt, erhebt Genosse Renner Protest gegen diese Maßnahmen, fragt an, auf wessen Veranlassung hin das Polizeiaufgebot das Haus umstellt hat. Er beantragt Freigabe der Tribüne.

Präs. Schwarz erklärt, daß er Polizei nicht herangerufen hat. (Renner: „Also Kühn!") Gegen die Freigabe der Tribüne erheben die Bürgerlichen Widerspruch.

Der Antrag kann deshalb nicht behandelt werden.

Die 5. Abstimmung.

Man tritt nunmehr erneut in die Tagesordnung und die Wahl ein. Böchel (Soz.) schlägt wieder Fleißner vor. Diesmal sind 96 Stimmen abgegeben worden. Es fehlt also kein Abgeordneter. Unter atemloser Spannung zählt wieder Genosse Lieberasch aus. Die Deutschnationalen haben auf ihren Krug verzichtet.

Heldt gewählt!

Die Auszählung ergibt 49 Stimmen für Heldt, 45 für Fleißner, 2 Abgeordnete (Nationalsozialisten) haben weiße Stimmzettel abgegeben. Als das Resultat „Heldt gewählt!" bekanntgegeben wird, brechen die Arbeiter auf der Tribüne in stürmische Pfui-Rufe aus. Darauf kreischt der Volksparteiler Lippe: „Herr Präsident, die Tribüne!"

Präsident Schwarz verwarnt die Tribüne. Darauf erhält Genosse Böttcher das Wort zu einer Erklärung.

Als er beginnt: „Mit der Wahl des Arbeiterverräters Heldt" erhebt sich auf der Tribüne brausende Zustimmung.

Die bürgerlichen Denunzianten.

Darauf brüllt die gesamte Rechte los: „Die Tribüne!" Der Sturm der Zustimmungskundgebungen für die Kommunisten steigert sich auf der Tribüne.

Schwarz räumt die Tribüne!

Schwarz glaubt, den Befehlen der Bürgerlichen gehorchen zu müssen und befiehlt Räumung der Tribüne.

Unter stürmischen Zurufen der Kommunisten und der Tribünenbesucher wird die Sitzung unterbrochen und die Tribüne geräumt. 5 Uhr beginnt die Fortsetzung der unterbrochenen Tagung.

Genosse Böttcher erhält das Wort. Er protestiert gegen die Räumung der Tribüne, die eine Hilfsaktion der Sozialdemokraten für Heldt bedeutet. (Stürmisches „Sehr richtig!" bei den Kommunisten.) Darauf gibt Genosse Böttcher eine Erklärung der kommunistischen Fraktion zur Wahl des Arbeiterverräters Heldt ab, in der mit den offenen und heimlichen Helfern und Stützen des Verräters Heldt abgerechnet wird. Seine Ausführungen verfehlen ihre Wirkung nicht. Wütendes Gekreisch auf allen bürgerlichen Bänken, das sich dann in die sozialdemokratischen Reihen verpflanzt, als die Haltung der Sozialdemokratischen Partei in den Gewerkschaften gegeißelt wird, die gegen den Sturm der kommunistischen Arbeiter in den Gewerkschaften die Wirth, Winkler und Konsorten stützen.

Unter stürmischer Zustimmung reißt Genosse Böttcher den Mittelstandsparteien (Aufwertung und Wirtschaft) die „Kleine-Leute"-Maske vom Gesicht. Präsident Schwarz versucht auf Befehl bürgerlicher Abgeordneter vergeblich, den Genossen Böttcher zu unterbrechen. Als er mit der Forderung schließt:

Auflösung des Landtages!

erfolgt lauter Beifall bei den Kommunisten.

Liebmann versucht in lächerlicher Form die Wucht der Anklage gegen die Haltung der Sozialdemokratie zu entkräften und verteidigt die Räumung der Tribüne. Schließlich stellt auch er fest, daß die kommende Regierung ein Kabinett der Arbeiterfeinde sein wird.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen hebt er besonders hervor, daß die Aufwertungsleute den Sozialdemokraten versprochen hätten, für Fleißner zu stimmen. Stürmisches Gelächter bei den Kommunisten macht ihn dann darauf aufmerksam, daß er allzusehr die „aktive Politik" seiner Partei bloßgestellt hat. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird die Vereidigung des Ministerpräsidenten vorgenommen. Als Heldt den Saal betritt, bricht die gesamte Linke in heftige Pfuirufe aus. Die kommunistischen Abgeordneten rufen, als er die Eidesformel nachspricht: „Der Eid auf die Verfassung der sächsischen Industriellen, schändlicher Arbeiterverräter, Lakai der Deutschnationalen!"

Nach Beendigung der Vereidigung beantragt Genosse Böttcher, die nächste Sitzung für Donnerstag einzuberufen und als 1. Punkt den kommunistischen Auflösungsantrag auf die Tagesordnung zu setzen. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Mehrheit beschließt, erst wieder am 18. Januar zusammenzutreten und als einzigen Punkt auf die Tagesordnung die Erklärung der neuen Regierung zu setzen.

Ein Antrag des Genossen Böttcher, einen soeben eingereichten Mißtrauensantrag der kommunistischen Fraktion gegen die neue Regierung Heldt als zweiten Punkt der nächsten Tagesordnung zu behandeln, wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung der Sitzung erschöpft.

Werktätige in Stadt und Land!

Die Beschlüsse des Kongresses der Werktätigen haben begeisterten Wiederhall gefunden bei Millionen der deutschen Arbeiterschaft, die Losungen des Kongresses sind in die Kreise des werktätigen Mittelstandes eingedrungen und haben auf dem Lande große Massen um sich geschart. Die rote Klassenfront aller Ausgebeuteten und Unterdrückten bildet sich im Kampfe gegen das Trust- und Finanzkapital und seine Regierung.

Die politische und wirtschaftliche Perspektive, die der Kongreß gegeben hat, hat sich als vollkommen richtig erwiesen. Die imperialistische Politik der Großmächte führt zu neuen Zusammenstößen und Abenteuern. Die Vereinigten Staaten schicken Kriegsschiffe nach Nikaragua, der englische Imperialismus hat in Litauen die Faschisten zur Regierung gebracht und leitet einen neuen Feldzug gegen die chinesischen Arbeiter und Bauern ein. Der Vorstoß in Litauen ist ein Glied in der Kette, durch die Sowjetrußland erdrosselt werden soll. Der Völkerbund zeigt seinen wahren Charakter als Instrument der englischen imperialistischen Kriegshetzer immer deutlicher, wie dies selbst die Leipziger Volkszeitung festgestellt hat. Der Enthüllungsschwindel der sozialdemokratischen Zeitungen über Sowjetgranaten dient nur dem Zweck, die Arbeiter zu verwirren und die imperialistische Kriegshetze zu unterstützen. Damit geben die führenden sozialdemokratischen Politiker endgültig ihre pazifistischen Redensarten preis und stellen sich offen in die Reihen der kapitalistischen Kriegshetzer.

Der Reichsausschuß der Werktätigen fordert alle schaffenden Schichten in Stadt und Land, die Arbeiter und Arbeiterinnen in Betrieben und Gewerkschaften auf, in mächtigen Massenkundgebungen Stellung zu nehmen gegen die drohende Kriegsgefahr. Die Politik der Großen Koalition und des Bürgerblocks in Deutschland läuft hinaus auf eine offene Unterstützung der imperialistischen Kriegspläne. Große Koalition bedeutet Verhinderung des Kampfes um den Achtstundentag. Mit verstärkter Wucht setzt das konzentrierte Trustkapital in Deutschland seinen Feldzug für Verschärfung der Ausbeutung fort. Die Arbeitslosenziffern schwellen erneut an, die Zahl der Ausgesteuerten wächst von Woche zu Woche, das Massenelend wird immer unerträglicher. Die Berliner Arbeitslosenzahl hat in der ersten Woche des neuen Jahres die höchste Ziffer des Jahres 1926 überschritten.

In dieser Situation ist die Zurückeroberung des Achtstundentages die gebieterische Pflicht der deutschen Arbeiterklasse. Der Reichsausschuß der Werktätigen fordert die Arbeiter in den Betrieben auf, gemeinsam mit den Gewerkschaften und Erwerbslosen den Kampf um den Achtstundentag aufzunehmen. Es ist Pflicht der deutschen Gewerkschaften, ihre ganzen Kräfte einzusetzen, um dieses nächstliegende und wichtigste Kampfziel zu erreichen. In diesem Kampfe muß und wird sich die Einheitsfront aller Werktätigen bilden.

Anstatt diese Einheitsfront mitbilden zu helfen, ist der sozialdemokratische Parteivorstand dazu übergegangen, sozialdemokratische Delegierte zum Kongreß der Werktätigen auszuschließen und einige Gewerkschaftsvorstände haben Ausschlußverfahren eingeleitet gegen Kollegen, die sich für die Beschlüsse des Kongresses der Werktätigen eingesetzt haben. Der Reichsausschuß fordert die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf, durch Massenprotest gegen diese Ausschlüsse Stellung zu nehmen. In allen Betrieben und Gewerkschaften muß unser Kampfprogramm auf die Tagesordnung gestellt werden.

Werktätige in Stadt und Land, tretet heran an die örtlichen Vorstände der Arbeiterorganisationen und fordert sie auf zur Mitorganisierung von gemeinsamen Massenkundgebungen gegen die Große Koalition und Bürgerblock-Regierung, gegen Vorbereitung neuer kriegerischer Abenteuer, für die Auflösung des Reichstages und den geschlossenen Kampf um den Achtstundentag, um höhere Löhne und Arbeit für Arbeitslose.

Auf zum Kampfe gegen die Politik des Imperialismus und der Großen Koalition, die zu einem neuen Kriege, zur weiteren Verelendung der Arbeiterschaft führen muß. Kämpft für den Achtstundentag. Fordert in mächtigen Massenkundgebungen die Auflösung des Reichstages. Schmiedet die rote Klassenfront aller Werktätigen in Stadt und Land!

Reichsausschuß der Werktätigen
i. A.:
Fritz Heckert. Georg Ledebour.
Ferdinand Schreck.

Der Barmat-Prozeß

Berlin, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Wenn man in Moabit im Kriminalgericht eine Treppe hoch vor dem großen Schwurgerichtssaal angelangt ist, kann man neben der Tür lesen, in welcher Sache gerade Termin ansteht. Heute stehen da die Namen folgender Angeklagten: Julius Barmat, Henry Barmat, Bruno Klenske, Dr. Hans Hellwig, Lange-Hegermann, Alfred Staub, Rabinowitz, Hugo Staub, Karl Walther, William Hahlo und Bruno Stachel. Um 8,30 Uhr vormittags wird die Verhandlung, die voraussichtlich 9 Monate dauern wird, eröffnet. 11 Angeklagte, 12 Rechtsanwälte, eine Unzahl Richter und Staatsanwälte und die genügende Anzahl von Ersatzschöffen und Richtern sind anwesend.

Für die Vertreter der Behörden und Parlamente sind Plätze freigelassen, die vorläufig noch nicht besetzt sind. Publikum ist genügend vorhanden, das mit Spannung erwartet, was da vor sich gehen wird.

Die Angeklagten haben an langen Tischen neben ihren Verteidigern Platz genommen, sie bilden eine eigene kleine Versammlung. Sie sind frisch und munter. Irgendwelche Bedrückung ist ihnen nicht anzumerken. Im Gegenteil: sie schauen drein, diese honorigen Bürger, höchst entrüstet, daß man es wagt, sie überhaupt anzuklagen. Julius Barmat blickt lächelnd und ermunternd um sich.

Der Eröffnungsbeschluß wird verlesen, der auf Grund folgender Anklage ergangen ist: Julius Barmat: Betrug an der Staatsbank, an der Deutschen und Brandenburgischen Giro-Zentrale bei der Ausgabe der Roth-Obligationen und zum Nachteil der Eisen-Mathes AG; Betrugsversuch an der Staatsbank, Anstiftung des Oberfinanzrates Helwig zur Untreue in Tateinheit mit Bestechung, Bestechung des Reichspostministers Dr. Hoefle und des Oberzollinspektors Stachel, handelsrechtliche Untreue an der Eisen-Mathes AG und Anstiftung des Geschäftsführers Klenske zum Vergehen gegen das Depot- und Kapitalfluchtgesetz.

Henry Barmat: Betrug und handelsrechtliche Untreue an der Eisen-Matthes AG, Betrugsversuch an der Staatsbank, Bestechung des Dr. Hoefle.

Geschäftsführer Klenske: Beihilfe zum Betrug an der Staatsbank und an den Girozentralen.

Oberfinanzrat a. D. Dr. Helwig: Einfache Bestechung und Untreue an der Staatsbank in zwei Fällen, in einem Fall in Tateinheit mit schwerer Bestechung.

Reichstagsabgeordneter Lange-Hegermann: Betrug an der Münchener Abteilung des Reichspostministeriums und der Preußischen Staatsbank gemeinschaftlich mit dem verstorbenen Dr. Hoefle.

Alfred Staub und Rabinowitz: Betrug und Betrugsversuch bei der Ausgabe der Roth-Obligationen, Vergehen gegen das Börsengesetz und das Handelsgesetzbuch. Bilanzverschleierung und handelsrechtliche Untreue.

Hugo Staub: Betrug bei der Ausgabe der Roth-Obligationen.

Die Direktoren Walter und Hahlo: Betreiben des Versicherungsgeschäftes ohne behördliche Erlaubnis, Vergehen gegen das Handelsgesetzbuch in Tateinheit mit Betrug an die Rückversicherungsgesellschaften der allgemeinen Garantiebank.

Oberzollinspektor Stachel: Schwere Bestechung durch Gebr. Barmat. Einfache Bestechung in zwei Fällen.

Danach spricht jeder der Angeklagten sein Buch — wie ich wurde. Hierbei entpuppt sich schon, daß das alles ehrenwerte Leute sind. Sie haben „bessere" Schulbildung, sie haben studiert, sie sind Oberfinanzräte, Rechtsanwälte oder alte „seriöse" Kaufleute. Ihnen das zuzutrauen, wessen man sie beschuldigt? Wie kann man! Auch Julius ist ein ehrenwerter Mann, doch sind sie alle, alle ehrenwert!

Alle verzichten auf Aeußerung zur Anklage, bis auf Hahlo, der sofort entrüstet loslegt, daß er 44 Jahre ein guter Kaufmann gewesen sei und heute, heute sei er, ausgerechnet er, angeklagt. Er begreift nicht, daß mal ein paar Haifische geschnappt werden müssen, zum Beweis dafür, daß unsere Weltordnung sittlich, tadellos und überhaupt patent ist.

Nachdem alle ihren Lebenslauf erzählt, wobei manche nicht zu erwähnen vergessen haben, daß sie Reserveoffiziere oder Offiziere während des Krieges waren, wird die Verhandlung auf Donnerstag vertagt. Vorher hat der Landgerichtsdirektor Neumann noch bekanntgegeben, daß die Angeklagten, die nichts mit dem jeweiligen Abschnitt der Anklage zu tun haben, sich entfernen dürfen.

Derweil mahlen die Mühlen Am Zehnhoffs und Bells im Kriminalgericht weiter. Sie fangen und verurteilen die Kleinen; Julius Barmat aber steigt in sein Auto und fährt dem Kurfürstendamm zu.

Einige interessante Persönlichkeiten fehlten: Der Herr Richter, Polizeipräsident a. D., der ehemalige Reichskanzler, Herr SPD-Genosse Bauer, Herr Wels und schließlich Barmats Freund Heilmann. Ob sie wohl später an den für die Behörden und Parlamentsvertretern freigestellten Tischen Platz nehmen werden, um das Schicksal ihrer lieben Freunde zu verfolgen?